CDU CSU Fraktion im Deutschen Bundestag

CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Steffen Bilger MdB
Stellvertretender Vorsitzender

Platz der Republik 1
11011 Berlin

T 030. 227-72390
F 030. 227-76353

steffen.bilger@bundestag.de

Dr. Anja Weisgerber MdB
Umweltpolitische Sprecherin

Platz der Republik 1
11011 Berlin

T 030. 227-79344
F 030. 227-76343

anja.weisgerber@bundestag.de

An die Mitglieder der
CDU/CSU-Fraktion
im Deutschen Bundestag

per E-Mail

Berlin, 27. November 2023
Halbzeitbilanz von Bundesumweltministerin Lemke

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Ampel-Koalition taumelt Ihrer zumindest regulären Halbzeit entgegen. Auch die Umwelt- und Verbraucherpolitik, die in der Verantwortung von Bundesministerin Steffi Lemke (B'90/Grüne) liegt, kann in der Halbzeitbilanz für keinen positiven Ausreißer nach oben sorgen, ganz im Gegenteil:

Bester Beleg dafür ist, wie es um das „Herzstück" dieses von der angeblichen „Fortschrittskoalition" um weite Teile des Klimaschutzes entkernten Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) bestellt ist, nämlich das „**Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz**". Seit ihrem Amtsantritt rühmt sich Bundesministerin Lemke damit, dass dieses mit vier Milliarden Euro bis 2026 ausgestattet sei. Dabei stellen sich jedoch zwei Probleme: Zum einen wird das Programm über den Klima- und Technologiefonds (KTF) finanziert – und seine verfassungswidrige Befüllung sorgt jetzt dafür, dass auch der natürliche Klimaschutz, mit dem Wälder und Auen, Böden und Mooren, Meere, Gewässer oder naturnahe Grünflächen zum Klimaschutz beitragen sollen, finanziell auf dem Trockenen liegt. Zum anderen bringt das Bundesumweltministerium das Programm schlichtweg nicht zum „Laufen", ganz unabhängig von der aktuellen Haushaltssituation. Der Mittelabfluss war bislang äußerst bescheiden: 2022 belief er sich immerhin noch auf 43 Prozent der bereitgestellten Mittel, für 2023 werden nur noch zwölf (!) Prozent prognostiziert. Bislang kommt das Aktionsprogramm weniger durch konkrete Maßnahmen als durch Werbekampagnen des BMUV in der Fläche an.

In der vergangenen Sitzungswoche hat die Koalition das „**Bundes-Klimaanpassungsgesetz**" beschlossen. Es handelt sich dabei um einen gesetzgeberischen Torso, der neue Pflichten insbesondere für Länder und Kommunen begründet, Bürokratie und mit unklaren Begriffen Rechtunsicherheit schafft, die

Finanzierungsfrage (wen wundert es bei dieser Koalition) vollkommen offenlässt und keinerlei konkrete Maßnahmen für den Umgang mit nicht mehr abwendbaren Folgen des Klimawandels beinhaltet. Die sollen erst bis September 2025 mit einer vorsorgenden Klimaanpassungsstrategie vorliegen. Das Datum ist aus fachlicher Sicht viel zu spät.

Beim Umgang mit dem **Wolf** trägt Bundesministerin Lemke der dramatischen Situation in vielen ländlichen Regionen Deutschlands keinerlei Rechnung. Sie verweigert sich einem konsequenten Bestandsmanagement zur Reduzierung der Wölfe und setzt sich auch nicht für eine Herabstufung des Schutzstandards des Wolfes auf europäischer und internationaler Ebene ein. Ihr „Lösungsweg“ fokussiert weiterhin auf Maßnahmen *nach* einem Wolfsübergriff. Dabei wäre vorsorgendes Handeln dringend vonnöten.

Bei der Überarbeitung der **EU-Luftqualitätsrichtlinie**, die derzeit von der EU angestrengt wird, setzt sich das BMUV für eine massive und technisch nicht machbare Verschärfung der Grenzwerte ein, die in Deutschland flächendeckende Fahrverbote, die Abschaltung von Industrieanlagen und das Ende für das Heizen mit Holz zur Folge hätten.

Auch bei anderen europäischen Rechtsetzungsvorhaben steht das BMUV aus ideologischen Gründen konsequent auf einer technologie- und innovationsfeindlichen Bremse. Das zeigt sich insbesondere im Bereich der **Mobilität**. Hier ist das BMUV aufgrund seiner Zuständigkeit für das Emissionsrecht oftmals Verhandlungsführer für Deutschland. Egal, ob bei den CO2-Flottengrenzwerten für Pkw, Lkw und Busse mitsamt „Verbrenner-Aus“ oder der Zukunft von innovativen Kraftstoffen – das BMUV setzt ausschließlich auf Elektromobilität, verhindert damit eine pragmatische Erreichung der Klimaziele, verteuert Mobilität unnötig und gefährdet deren Erhalt insbesondere für die Menschen im ländlichen Raum.

Die von Bundesministerin Lemke und Bundeslandwirtschaftsminister Özdemir verkündete „Hausfreundschaft“ zwischen BMUV und Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft erweist sich als große Belastung für eine **zukunftsfähige Landwirtschafts- und Ernährungspolitik**, die Ernährungssicherung, eine nachhaltige Ressourcennutzung, gute Auskommen für die deutschen Bauern und den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen zu einem vernünftigen Ausgleich bringt. Denn das BMUV ist in dieser Beziehung eindeutig die bestimmende Kraft. Dies belegt der jüngst bekannt gewordene Entwurf des Bundeswaldgesetzes eindrucksvoll, der von den Waldnutzern rundweg abgelehnt wird. Es stellt diejenigen, die sich tagtäglich um den Wald kümmern, unter Generalverdacht, schafft neue Bürokratie und sieht Straftatbestände und Ordnungswidrigkeiten vor. Zudem wird die heimische

Holzproduktion im Entwurf eindeutig als nachrangig erachtet. Sollte das Gesetz so kommen, so sind massive Proteste im ländlichen Raum vorprogrammiert. Auch die deutsche Verhandlungsführung in der europäischen Agrarpolitik wird maßgeblich durch das BMUV bestimmt – zulasten der deutschen Landwirte.

Beim **Planungsrecht** droht das BMUV auch nach dem Abschluss des Anfang November zwischen Bund und Ländern geschlossenen Pakts der Bremsklotz zu bleiben. Denn aus den Reihen der grünen Bundestagsfraktion ist bereits jetzt deutliche Ablehnung zu vernehmen. Das BMUV darf diese überfällige Vereinbarung keinesfalls sabotieren und muss schnellstmöglich die Rechtsänderungen, für die es zuständig ist (z.B. Umweltverträglichkeitsprüfungs-Gesetz, Umweltrechtbehelfsgesetz, Bundes-Immissionsschutzgesetz) vorlegen. Denn es geht um eine nachhaltige Ertüchtigung unseres Landes, die nicht auf grüne Befindlichkeiten warten kann.

Die **Kreislaufwirtschaft** spielt auf dem Weg zur Klimaneutralität eine wichtige Rolle. Es gilt, das bislang vorherrschende Modell des linearen Wirtschaftens hin zu einem umfassenden Kreislaufansatz weiterzuentwickeln. Doch den umfangreichen Ankündigungen des Koalitionsvertrags sind bislang noch keine sinnvollen Taten gefolgt. Dabei bedarf insbesondere das **Verpackungsgesetz** dringend einer Überarbeitung, um zum einen den Rechtsrahmen für neue Technologien wie z.B. das chemische Recycling zu setzen und um zum anderen die marktwirtschaftlichen Anreize für recyclingfähigere Verpackungen zu stärken. Da Bundesumweltministerin Lemke einseitig auf die Karte „Mehrweg“ setzt, ohne dies wissenschaftlich begründen zu können, wird vermutlich auch dieses Vorhaben zwischen den Koalitionären zerrieben und zeitlich verschleppt. Fortschritt im Bereich der Kreislaufwirtschaft – Fehlanzeige.

Die **Abschaltung** der letzten drei noch betriebenen **Kernkraftwerke** trotz Energiekrise hat das BMUV massiv betrieben, dabei die klare Mehrheitsmeinung in Deutschland missachtet und bewusst negative Auswirkungen auf das Klima, die Abhängigkeit von Stromimporten und höhere Stromkosten auch für die Verbraucher in Kauf genommen.

Beim **Verbraucherschutz** ist das Ministerium ohnehin bisher weitgehend eine Leerstelle: Zentrale Projekte wie das „Recht auf Reparatur“ werden zwar fortlaufend angekündigt, verlassen aber bislang nicht das konzeptionelle Stadium. In zentralen Verbraucherschutzfragen, wie der Entlastung privater Haushalte bei den Energiekosten, war und ist Bundesministerin Lemke als Verbraucherschutzministerin nicht wahrnehmbar.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Liste der Versäumnisse und Fehler von Bundesumweltministerin Lemke ist lang und könnte weiter verlängert werden. Wir werden auch in der verbleibenden Zeit dieser Legislaturperiode einen kritischen Blick darauf behalten und auf eine andere Politik drängen – die eine nachhaltige Entwicklung zum Ausgleich bringt mit Innovation, Technologieoffenheit, wirtschaftlichem Aufbruch und sozialer Ausgewogenheit.

Mit freundlichen Grüßen

Steffen Bilger MdB

Dr. Anja Weisgerber MdB